

Manche sind auf dem rechten Auge blind

Strategie des Bundes beim Kampf gegen Neonazis umstritten

Die in Ostdeutschland geknüpften Netzwerke gegen Rechtsradikalismus sehen sich gefährdet. Berlin gibt zwar 24 Millionen Euro für entsprechende Programme frei, doch die fließen nicht mehr an die bisherigen Akteure, sondern an die womöglich überforderten Kommunen.

Von Harald Lachmann, Leipzig

In Wurzen ist man verunsichert. Die Kleinstadt bei Leipzig, in der der Dichter Joachim Ringelnatz aufwuchs, macht seit gut einem Jahrzehnt bundesweit unschöne Schlagzeilen. Denn die rechtsextreme Szene schuf sich hier einen festen Hort. Immer wieder kommt es zu ausländerfeindlichen Attacken und Überfällen auf Andersdenkende. Zudem etablierte sich in der Stadt der florierende Neonazi-Versandhandel Front Records, der Skinheadmusik vertreibt.

Zwar bietet diesem Treiben seit Jahren ein Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) die Stirn, doch Beifall bekommen die jungen Antifaschisten dafür nicht mal aus dem eigenen Rathaus. Im Gegenteil, man geißelte das Netzwerk als Nestbeschmutzer und kündigte ihm auch schon mal kurzfristig einen lange gemieteten Saal, in dem jüdische Autoren lesen sollten. Der frühere Oberbürgermeister Anton Pausch (CDU) gab sich gar in den Medien erstaunt: „Mir ist nicht bekannt, dass es bei uns Rechtsradikale gibt.“ Als dann im Jahre 2000 der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) das Wurzenener Netzwerk besuchte, verweigerten ihm Pausch und sein Vize Jürgen Schmidt (CDU) schnöde ihre Aufmerksamkeit. Sie hatten plötzlich „wichtige Auswärtstermine“.

Drei NPD-Leute im Gemeinderat

Mittlerweile sitzen drei NPD-Leute im Wurzenener Stadtrat, und Schmidt ist OB. Auch er beklagte nach seiner Wahl, dass man die Stadt völlig zu Unrecht in die rechte Ecke stelle. Offenbar liest er keine Verfassungsschutzberichte. Für Stephan Meister vom NDK Wurzen ist deshalb der Beschluss der schwarz-roten Koalition nicht nachvollziehbar. Danach gehen die Bundesmittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus fortan nicht mehr an die bisherigen Akteure, sondern an die jeweiligen Kommunen. Auch die Leipziger Bundestagsabgeordnete der Grünen, Monika Lazar, sieht damit „schwarz für Regionen, in denen die Behörden das Problem nicht wahrhaben wollen“. Zwar hatten sich die Berliner Großkoalitionäre nach langem Ringen darauf geeinigt, zusätzlich zum neuen 19-Millionen-Euro-Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ für zunächst ein Jahr weitere fünf Millionen Euro für den Kampf gegen den Rechtsextremismus freizugeben. Doch diese Gelder, mit denen entsprechende „Civitas-Programme“ in Ostdeutschland nun doch weiterlaufen können – nachdem sie ursprünglich Ende 2006 sterben sollten – fließen eben nicht mehr an jene unabhängigen Bürgerinitiativen.

Wissenschaftler zweifeln

Stephan Meister kritisiert die Umsteuerung aus gutem Grund. Gerade wurde das letzte Wurzenener Civitas-Programm wissenschaftlich begleitet und dabei wurde festgestellt: die notwendige Förderung der Zivilgesellschaft könnten die Kommunen zumeist nicht leisten. Oft seien sie „aus unterschiedlichsten Gründen auch gar nicht bereit, die Probleme mit Rechtsextremismus zu benennen und einzugestehen“. So bestätigt es die

Dresdner Soziologin Grit Hanneforth. Sie leitet das Kulturbüro Sachsen, das drei mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, fünf Opferberatungsstellen sowie mehrere Antifa-Netzwerke und Modellprojekte betreut.

„Die Kuh ist nicht vom Eis“, warnt Hanneforth. Denn das neue Bundesprogramm löse zunächst einmal de facto alle bestehenden Antifa-Projekte auf. Existenziell bedroht sind damit alle im Netzwerk Tolerantes Sachsen zusammengeschlossenen rund 100 Initiativen. Zu ihnen zählen auch Sachsens erfahrenste Netzwerke – neben dem NDK die Aktion Zivilcourage in Pirna und das Zentrum der Neonazihochburg Sächsische Schweiz. Die lokalen Aktionsgruppen dürften nicht einmal Anträge auf Förderung stellen, rügt Meister. Würden jene Netzwerkstellen, die viele Initiativen koordinieren, nicht in einem der künftig geförderten Programme aufgefangen, bröckele das mühsam entstehende Aktionsbündnis gegen den Rechtsextremismus in Sachsen auseinander, befürchtet er. Damit bewirke das neue Bundesprogramm genau das Gegenteil dessen, was beabsichtigt sei.

Da die Wurzenener vorerst nicht wissen, ob sie zu einer der künftig staatlich bezuschussten Modellregionen gehören, musste das NDK vorerst seinen Mitarbeitern und Vermietern zum Jahresende kündigen. Kritik kommt aus Sachsen auch an der Höhe der künftigen Bundesgelder. Denn jene fünf Millionen Euro, die Berlin für weitere Civitas-Programme bewilligt, standen bisher allein den neuen Ländern zur Verfügung. Von 2007 an werden sie im gesamten Bundesgebiet verteilt.